

sternen beworfen und dabei fast einen im Sessel sitzenden Zeugen getroffen, Softair-Waffen benutzt, Traktoren traktiert und Futter aus einem Silo abgelassen. Am Dienstag mussten sich drei Männer zwischen 20 und 24 Jahren und eine 37-jährige Frau, alle vier einst ziemlich beste Freunde in Hanerau-Hademarschen, vor einem bemerkenswert geduldsigen Jugendrichter des Amtsgerichts Rendsburg verantworten. Zwei der Täter waren zur Tatzeit noch jung genug für eine Verurteilung nach Jugendstrafrecht.

20 Minuten brauchte die schnell sprechende Staatsanwältin, um alle 29 Ziffern der Anklageschrift zu verlesen. Die Sachbeschädigungen, begangen zwischen 31. Oktober und 8. November 2014 „aufgrund eines gemeinsam gefassten Tatplans“ und bekannt geworden

25 Kilogramm schwere Bakenfüße warfen die Angeklagten von der Grünentaler Hochbrücke auf ein Containerschiff.

FOTO: IMAGO

→ Die Staatsanwältin nennt die Taten „typische Jugendverfehlungen“ in grenzwertigem Ausmaß.

durch einen der Angeklagten, klassifizierte sie als „typische Jugendverfehlungen, aber in diesem Ausmaß grenzwertig“. Die Angeklagten hätten Gefährdungen von Menschenleben billigend in Kauf genommen. „Sie haben verdammtes Glück gehabt, dass wir hier nur über Sachbeschädigung reden.“

Die 37-jährige Angeklagte

betonte, sie sei wegen ihrer vier Kinder nur ein paar Mal dabei gewesen, habe aber meistens „auf dem Rücksitz gepennt und nur manchmal mitbekommen, dass sie sich kringelig gelacht haben, wenn sie was geworfen haben“. Stimmt, sie habe „meistens nach McDonald's geieiert“, bekräftigte der 24-jährige Angeklagte, der mit ihr zusammenlebt, nicht der Vater der Kinder ist und, wie sie, bis Dienstag ohne Vorstrafe war.

Der jüngste Angeklagte, 20 Jahre alt und vorbestraft, beteuerte mehrfach, er habe sein Leben umgekrempelt. Sachbeschädigungen, Diebstahl, Hausfriedensbruch – das sei

letzt habe er als Landmaschinenführer gearbeitet. „Das ist etwas, was ich sehr, sehr gut kann.“ Welcher Sinn hinter den Zerstörung steckte, wollte der Richter mehrfach wissen. Antwort: „Frust. Dummheit.“

Als Einziger im Anzug und mit Anwalt erschienen war der 22-jährige, ebenfalls vorbestrafte Angeklagte. Wortkarg skizzierte er sein von der Scheidung der Eltern erschüttertes Leben, in das der jüngste Angeklagte als sein bald bester Freund getreten sei. Um ihn nicht zu verlieren, habe er alles gemacht. Der Anwalt betonte, sein Mandant habe „auf Anweisung des Führerhaus des Containerschiffes treffen sollen, er hat aber bewusst die eine Bake zu früh geworfen und deshalb Ärger bekommen“. Das Verfah-



Staatsanwältin: 100 Sozialstunden für den jungen Vater, „ich habe Jugendstrafrecht angewendet, weil Sie gerade erst 18 waren“. Der 24-Jährige wurde zu einem Jahr Haft auf Bewährung plus einer Zahlung von 500 Euro an eine gemeinnützige Einrichtung verurteilt. Seine 37-jährige Partnerin bekam sechs Monate Haft auf Bewährung und

muss 40 Stunden gemeinnützige Arbeit leisten. „Sie alle wären in U-Haft gewandert, wenn Ihre völlig unsinnigen Taten schon damals herausgekommen wären“, mahnte der Richter. Die Bewährungszeiten wurden auf zwei Jahre festgesetzt, „sie laufen ab heute“. Geschädigte, sofern sie Schadenersatz beanspruchen, werden wegen der geringen Einkommen der drei rechtskräftig Verurteilten voraussichtlich leer ausgehen.

Aktionsbündnis stellt sich gegen Krippenge

KIEL. Jetzt machen auch die wichtigsten Wohlfahrtsbünde gegen das geplante 100-Euro-Krippengeld. Die Landesregierung mobilisiert am Dienstag hat ein Aktionsbündnis „Unsere Kinder – Zukunft“ Schleswig-Holstein das Kita-System als „hoch einsturzgefährdet“ bezeichnet.

„Das Krippengeld bringt hier nicht weiter“, sagt Sprecher Markus Potters, Geschäftsführer des Verbandes evangelischer Kinderbetreuungseinrichtungen. Der Elternschutz solle weder für eine auskömmliche Finanzierung noch für einen fachgerechten Fachkraft-Kind-Schlüssel sorgen. Stattdessen seien einheitliche, auskömmliche flächendeckende Kita-Finanzierung sowie gute Rahmenbedingungen.

Zum Aktionsbündnis gehören neben kirchlichen Verbänden, DRK und Paritätischer Wohlfahrtsverband auch die beiden Gewerkschaften IG Metall und Verdi – und die SPD, die Arbeiterwohlfahrt. Die Koalition aus SPD, Grünen und CDU will das Krippengeld am kommenden Donnerstag in zweiter Lesung gegen den erbitterten Widerstand der Opposition verabschieden.

Grüne schließen Burgfrieden mit A 20 und Beltunnel

KN 21.09.2016

Finanzministerin Heinold wirbt für Kurswechsel der Öko-Partei in der Verkehrspolitik: „Wir müssen die Realität zur Kenntnis nehmen“

VON ULF B. CHRISTEN

KIEL. Die Grünen rücken von ihrer Blockadepolitik gegen die zwei größten Verkehrsprojekte im Norden ab. „Die rechtlichen Mittel gegen die A 20 sind ausgeschöpft und für die Fehmarnbeltquerung gibt es einen Staatsvertrag“, sagte die designierte Spitzenkandidatin, Finanzministerin Monika Heinold, unserer Zeitung. Beide Vorhaben seien zwar keine grünen Projekte. „Wir müssen aber auch die Realität zur Kenntnis nehmen.“

Heinold kündigte an, für diese Position auch auf dem Grünen-Parteitag Ende November in Neumünster zu werben. Dort will die Öko-Partei ihr Programm für die Landtagswahl 2017 beschließen. Bislang hatten die Grünen in Wahlkämpfen stets gegen A 20 und Beltquerung gestritten, die Projekte als Juniorpartner mehrerer Regierungen (1996 bis 2005 und ab 2012) aber zähneknirschend mitgetragen. Heinolds Vorstoß dürfte bei den Grünen auch aus einem anderen Grund für leb-



Monika Heinold möchte mit anderen grünen Themen punkten.

FOTO: EIS

hafte Debatten sorgen. Mit einem Bekenntnis zu A 20 und Beltunnel würde die Öko-Partei eine große Hürde für eine schwarz-grüne Regierung beiseiteräumen.

Rückendeckung bekam

Heinold vom Verkehrsexperten der Grünen, Andreas Tietze. „Wir sollten uns nicht für verkehrspolitische Entscheidungen verkämpfen, die letztlich in Berlin getroffen werden.“ Die A 20 sei mit dem Probelbtunnel-Urteil des Bundesverwaltungsgerichts durch. Offen sei die Finanzierung, für die aber der Bund zuständig sei, sagte der Landtagsabgeordnete. Noch weniger Möglichkeiten habe das Land beim Beltunnel. Aufgrund des Staatsvertrags mit Dänemark trage der Bund die Verantwor-

tung für das Projekt, das wegen der vielen Bürgereinwendungen aber „länger dauern und teurer werden“ dürfte.

Im Wahlkampf will Heinold mit Umwelt, Naturschutz, Verbraucherschutz, der Energiewende und einer „nachhaltigen“ Finanzpolitik punkten. „Das sind die grünen Themen.“ Heinold warb zudem für ein Ende der Kleinstaaterei. „Ich bin eine Freundin des Nordstaats und größerer Kreisstrukturen.“ Aber: „Gebietsreformen brauchen eine Zustimmung vor Ort.“